

Ins Herz von Europa gehöre Frankreich, offen und eng verbunden mit seinen Nachbarn. So wünscht sich Präsident Emmanuel Macron sein Land. Ausgerechnet zum ersten Amtsgedächtnis werden viele Wege in seiner Heimat jedoch nicht verbunden, sondern abgeschnitten sein. Die Gewerkschaften von Air France wollen am 7. Mai die Arbeit niederlegen – zum 14. Mal im aktuellen Konflikt um Lohnerhöhungen. Am Tag darauf streiken Piloten und Flugbegleiter zusammen mit den Gewerkschaften der Staatsbahn SNCF. Die Eisenbahner blockieren die Reisenden damit zum 15. Mal seit Beginn ihres Arbeitskampfes gegen den Abbau der großen Privilegien, mit dem die Regierung das Unternehmen sanieren will. „Bon anniversaire, Monsieur le Président!“, rufen die Gewerkschaften bitter ihren vergifteten Geschenken zu Macron Jubiläum hinterher.

Streiks sind in Frankreich jedoch auch nicht mehr, was sie einmal waren. Der Alltag verlangsamt sich, kommt aber nicht zum Stillstand. Air France und die SNCF schaffen es immer noch, einen großen Teil ihrer Verbindungen aufrechtzuerhalten. Es sind kleine, aber gut organisierte Minderheiten, die der schweigenden Mehrheit ihre Blockaden aufzwingen. So entscheidet sich in einem Langstreckenrennen zwischen Regierung und Gewerkschaften, wer die größere Ausdauer hat. Viele der genervten Reisenden hoffen dabei auf einen Sieg Macrons. „Die französische Bevölkerung ist überreif für Reformen“, meint etwa die deutsche Anwältin Sandra Hundsdörfer, die seit mehr als zwanzig Jahren in Frankreich arbeitet.

Das soziale Klima in Frankreich ist ein Jahr nach dem Antritt Macrons von Gereiztheit geprägt. Neben den Eisenbahnern demonstrieren Studenten, Rentner und Beamte. Die schönen Reden gehen dem Präsidenten zwar immer noch leicht über die Lippen, bei seinem Besuch des amerikanischen Präsidenten Donald Trump in dieser Woche entstanden Bilder, die um die Welt gingen. Doch jetzt bläst ihm Gegenwind ins Gesicht. Vom Sonnendeck muss der Kapitän in den Maschinenraum seines Reformprogramms hinabsteigen, um dort an den Stellschrauben zu drehen. Wenn er nicht richtig zu packt, bleibt der Tanker Frankreich auf seinem alten Schlingerkurs.

Die Proteste können dabei niemanden überraschen. Alles andere hätte bedeutet, dass die Regierung die Hände in den Schoß legt. In der Wirtschaft feuern sie Macron geradezu an, am Reformmehrgewinn festzuhalten. Allein schon seine wirtschaftsfreundliche Rhetorik mit Bekenntnissen zu den Leistungsträgern der Gesellschaft sorgt für eine bessere Stimmung. Wirtschaft ist viel Psychologie, daher ist das gute Klima ein Plus im allgemeinen Aufschwung Europas. Dieser zieht Frankreich mit, auch wenn er sich im ersten Quartal dieses Jahres mit einem Zuwachs um 0,3 Prozent zum Vor-

quartal schon wieder verlangsamt hat. Als Macron am 7. Mai 2017 ins Amt kam, rechnete die OECD für 2017 mit einem Wachstum von 1,4 Prozent in Frankreich. Es wurden zwei Prozent daraus.

Für 2018 erwartet die Organisation jetzt 2,2 Prozent, und auch die vorsichtige Banque de France kalkuliert noch mit 1,9 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist seit Macrons Wahl von 9,6 auf 8,9 Prozent der aktiven Bevölkerung gesunken, das ist gemessen am kräftigen Wachstum zwar nur ein schleppender Rückgang, doch immerhin ist jetzt trotz der Streichung von staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der niedrigste Stand seit 2009 erreicht. Die Unternehmen investieren und die Steuereinnahmen sprudeln, so dass die staatliche Neuverschuldung erstmals seit zehn Jahren wieder unter die Grenze von drei Prozent des Maastricht-Vertrages zurückgekehrt ist.

Gebremst wird der Expansionsdrang der Unternehmen häufig allein von offenen Stellen mangels geeigneter Bewerbungen. Schweißer und Metallbauer sind beispielsweise besonders rar. Frankreich leidet unter einer massiven Ausbildungsschwäche, die zu hoher Langzeitarbeitslosigkeit führt. Fast jeder Zweite ist schon länger als ein Jahr ohne Job. Auch daran setzt eine von Macrons Reformen an. Er will die Lehrberufe attraktiver machen, damit die Massenuniversitäten nicht unentwegt auf Berufe vorbereiten, die keiner braucht. „Die

Spaltpilz Macron

Vor einem Jahr kam der junge französische Präsident ins Amt. Er hat sich viel vorgenommen. Doch jetzt bläst ihm Gegenwind ins Gesicht, das soziale Klima in Frankreich ist von Gereiztheit geprägt. Was kann er tatsächlich erreichen?

Von Christian Schubert

Ausbildung soll näher an die Unternehmen heranrücken. Das begrüßen wir. Vor allem im technischen Bereich ist es nicht leicht, gut ausgebildetes Personal zu finden“, berichtet Joachim Kreuzburg, Vorstandsvorsitzender des deutschen Biotech-Unternehmens Sartorius, das stark in Südfrankreich investiert hat. „Die Reformen des Präsidenten haben das Potential, Frankreich moderner und attraktiver zu machen“, findet der Manager.

Macron legt für seine Umbauten ein strammes Tempo vor. Zu seinen größten Taten gehört die Reform des Arbeitsrechts. „Sehr viele Dinge haben sich geändert. Manchmal habe ich fast das Gefühl, ich muss meinen Beruf neu erlernen“, berichtet die Anwältin Bettina Sion von der Pariser Kanzlei Savigny. Die Schadensersatzzahlungen bei Entlassungen ohne Rechtsgrund hat Macron gedeckelt. Die gesetzlich vorgeschriebenen Abfindungen ließ er zwar gleichzeitig erhöhen, dennoch sind die Trennungskosten nun besser absehbar. „Meine Mandanten berichten, dass sie jetzt leichter einstellen“, erzählt die Anwältin Hundsdörfer von der Pariser Kanzlei GGK. Zudem können die Unternehmen mit den Belegschaftsvertretern nun kollektive Pläne zum freiwilligen Personalabbau vereinbaren, die weniger kostspielig und bürokratisch sind als Sozialpläne. Auf Ebene der Betriebe und der Branche dürften sie überhaupt mehr Fragen der Arbeitszeit, Entlohnung und Organisation regeln. Betriebsbedingte Kündigungen sind dabei auch möglich, wenn es der Muttergesellschaft im Ausland wirtschaftlich gutgeht. Davor verlangten die Arbeitsgerichte im-

mer den Nachweis, dass der Konzern auf der ganzen Welt in Schwierigkeiten steckt. „Für eine Bilanz ist es zwar noch zu früh, doch die Unternehmen haben jetzt mehr Luft zum Atmen“, sagt die Anwältin Sion.

Verschiedene Steuersenkungen, die vor allem den Investoren zugutekommen, sind das andere große Verdienst des Präsidenten. Die Besteuerung von Kapitalgewinnen und Dividenden sinkt auf 30 Prozent, was oft mehr als einer Halbierung gleichkommt. Zudem greift die Vermögensteuer jetzt nur noch auf Immobilienvermögen im Wert von mehr als 1,3 Millionen Euro zu. Die Wohnsteuer, die den Kommunen mehr als 20 Milliarden Euro bringt, will Macron ebenfalls einsacken. Auf der anderen Seite erhöht er die Sozialsteuer CSG kräftig. Nur für die aktive Bevölkerung gehen gleichzeitig die Sozialabgaben zurück. Die Rentner werden so zu den Verlierern seiner Steuerpolitik; Macron nimmt das hin, denn er findet, es gehe ihnen gut genug. In der Tat belegen die Statistiken die Großzügigkeit des französischen Rentensystems. Die Altersarmut ist weitgehend abgeschafft.

Macron sei nicht nur ein „Präsident der Reichen“, sondern ein „Präsident der sehr Reichen“, stichelte sein Vorgänger François Hollande in dieser Woche im Fernsehen. Dem sozialistischen Politikrentner weint zwar kaum ein Franzose eine Träne nach, doch der Vorwurf wiegt schwer, zumal er im linken Spektrum sowie vom Front National geteilt wird. Macron ist kein Versöhner, sondern der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich viele, aber nicht alle Bürger gerade so einigen können. Seine Reformen spal-

ten Frankreich. Wie könnte es auch anders sein in einem Land, das im ersten Gang der Präsidentenwahl 2017 vier Kandidaten vom rechten bis zum linken Rand nach vorne brachte, die fast auf einer Höhe lagen.

Dennoch ist die Opposition heute immer noch so orientierungslos, dass sie dem Spaltpilz Macron wenig entgegenzusetzen kann. Sein Parforceritt mit der erst im Frühjahr 2016 gegründeten Bewegung „En marche“ hat im alten Parteiensystem und bei den Gewerkschaften bleibende Schäden hinterlassen. Der Vorsitzende der konservativen Republikaner, Laurent Wauquiez, beklagt, dass Macrons Reformankündigungen immer nur Mini-Ergebnisse zutage brächten, doch das merke niemand, weil die Regierung dann schon wieder das nächste Großprojekt angehe. „Der Aktionismus wird zur Nebelwand“, kritisiert Wauquiez, aber kaum jemand hört ihm zu. Man will Macron eine Chance geben, weil das „Weiter so“ für viele nicht mehr in Frage kommt.

Dabei brauchte die Regierung – wie in jedem Land – eine handlungsfähige Opposition. Vieles hat Macron noch gar nicht angepackt: Die Staatsausgaben steigen weiter, obwohl sie mit mehr als 55 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu den höchsten der Welt gehören. Zum Vergleich: In Deutschland sind es etwa 44 Prozent. Eine Reform des öffentlichen Dienstes lässt auf sich warten: Welche der vielen staatlichen Ebenen soll welche Verantwortung tragen, und was kann dem Privatsektor überlassen werden? Macron hat im Wahlkampf angekündigt, das Beamtenheer mit seinen mehr als fünf Millionen Mitarbeitern um 120.000 Stellen zu kürzen. Doch im aktuellen Finanzplan ist nur die Streichung von 1.600 Stellen vorgesehen, und selbst das entspricht nur 681 Vollzeit-Arbeitsplätzen, wie die Direktorin der Beratungsgesellschaft IFRAP, Agnès Verdier-Molinié, bemängelt. Kein Wunder, dass so auch das Niveau an Steuern und Abgaben für französische Arbeitnehmer hoch bleibt: Macron will es in seiner Amtszeit nur von 45,4 auf 44,3 Prozent des BIP senken.

Auch in den Vorstädten schwelen die sozialen Konflikte wie eh und je. Viele Strukturschwächen Frankreichs brauchen mehr als eine Amtsperiode, um gelöst zu werden. Macron hat schon angedeutet, dass er nicht nur fünf Jahre bleiben will. Auch für seine ehrgeizigen Europa-Pläne, die auf erheblichen Widerstand stoßen, setzt er auf einen langen Atem. Immerhin hat er in der Heimat jetzt einen Vertrauensschub ausgelöst. Nach einer Umfrage glaubten 2013 nur fünf Prozent der Franzosen, dass sich ihre Wirtschaft in der Globalisierung behaupten könne, heute sind es 32 Prozent. Zudem zeichnet sich erstmals eine Mehrheit zugunsten der Globalisierung ab: 51 Prozent der Franzosen – gegenüber 38 Prozent vor fünf Jahren – sehen sie heute als eine Chance.